

Auch München als Stadt für das Leben – Stadt gegen die Todesstrafe

Antrag Nr. 14-20 / A 00495 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL
vom 28.11.2014, eingegangen am 28.11.2014

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 02417

1 Anlage

Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 18.03.2015 (VB)
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Der Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL vom 28.11.2014 beinhaltet die zukünftige Beteiligung der Landeshauptstadt München an dem weltweiten Aktionstag „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“. Dazu solle die Stadt München am 30. November eines jeden Jahres ein für München charakteristisches Gebäude auf besondere Weise beleuchten, um somit ein Zeichen für das Leben und gegen die Todesstrafe zu setzen.

Die Antragsteller führen aus, dass in vielen Metropolen seit 2002 am Aktionstag „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“, dem 30. November, ein charakteristisches Gebäude besonders beleuchtet wird. Mit dieser Geste wollen die Organisatoren, die Gemeinschaft Sant'Egidio, ihren Protest gegen die Unmenschlichkeit der Todesstrafe zum Ausdruck bringen. Die Gemeinschaft Sant'Egidio ist eine christliche Laienbewegung die sich für Frieden und Gerechtigkeit einsetzt und diesen Aktionstag ins Leben gerufen hat.

Die Landeshauptstadt München hat sich in den Jahren 2003 bis 2006 mehrfach an der Kampagne beteiligt. Dabei wurde, mit Unterstützung des bayerischen Staatsministeriums der Justiz, jeweils am 30. November von 16 Uhr bis in die frühen Morgenstunden auf den Münchner Justizpalast, der Schriftzug „Nein zur Todesstrafe“ projiziert. Gleichzeitig wurde der Justizpalast in verschiedenen Farben beleuchtet. Menschenrechtsorganisationen sowie die Initiatoren dieser weltweiten Kampagne erhielten die Gelegenheit, ihre Arbeit an Infoständen zu präsentieren und Unterschriften gegen die Todesstrafe zu sammeln.

Leider ließ – gemessen an dem enormen organisatorischen, aber auch finanziellen Aufwand (für Technik und Personal zuzüglich Bewerbung fielen jeweils rund 16.000 € an) – die Resonanz seitens der Medien als auch seitens der Bürgerinnen und Bürger sehr zu wünschen übrig. Kaum jemand brachte die Lichtaktion am Justizpalast mit der Kampagne gegen die Todesstrafe in Verbindung. Auch die Infostände im Freien fanden damals nicht die gewünschte Beachtung, zumal der 30. November auch von den Wetterverhältnissen her nicht gerade geeignet für Aktionen unter freiem Himmel ist.

Hinzu kommt, dass der Deutsche Städtetag in seiner Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses am 27. und 28.09.2007 festgestellt hat, dass diese internationale Kampagne sich nicht auf die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft (Art. 28 Abs. 2 GG) beziehe, sondern weit darüber hinausgehe. Es bestand im Ausschuss Einigkeit, dass solche allgemein-po-

litischen Themen nicht als kommunale Angelegenheiten zu thematisieren sind.

Alles in allem gesehen wird das Anstrahlen eines symbolträchtigen Denkmals nicht für ein adäquates Mittel gehalten, um die Bevölkerung auf dieses wichtige Thema aufmerksam zu machen und zu motivieren, sich gegen die Todesstrafe in anderen Staaten zu engagieren.

Die Beschlussvorlage ist mit dem Kulturreferat und der Rechtsabteilung des Direktoriums abgestimmt.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

II. Antrag des Referenten

1. Die Landeshauptstadt München beteiligt sich nicht am Aktionstag „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“.
2. Der Antrag Nr. 14-20 / A 00495 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL vom 28.11.2014 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
3. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle

III. Beschluss

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Der Referent

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

IV. Abdruck von I. – III.
über den Stenographischen Sitzungsdienst

an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z.K.

V. Wv. Direktorium – HA II/V

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt
2. **an das Büro des Oberbürgermeisters**
an das Büro 2. Bürgermeister
an das Büro 3. Bürgermeisterin
an die Fachstelle gegen Rechtsextremismus
an das Direktorium – Leitung
an das Direktorium – Presse- und Informationsamt
an das Direktorium – Rechtsabteilung
an das Direktorium – GL
an das Direktorium - HA I Stadtarchiv
an das Direktorium – HA I Protokollabteilung
an das Direktorium – HA I ZV
an das Direktorium – HA II KGS

z. K.